



Naher Osten

«Letztlich geht es den USA darum, die Kontrolle über die Region nicht an China zu verlieren»

Interview mit der Nahost-Expertin und freien Journalistin Karin Leukefeld



Karin Leukefeld (Bild thk)

Zeitgeschehen im Fokus Man hört immer wieder, dass ein Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas ausgehandelt werden soll. Vor wenigen Tagen kam die Meldung, das Abkommen sei gescheitert und Israel bereite den Angriff auf Rafah vor. Dann legten Katar und Ägypten einen neuen Vorschlag vor, den die Hamas akzeptierte. Trotzdem hat die israelische Armee mit der Bombardierung Rafahs weitergemacht und den Grenzübergang nach Ägypten bei Rafah besetzt.

Karin Leukefeld Das ist eine sehr komplizierte Angelegenheit. Die englischsprachigen Medien berichten sehr unterschiedlich. Die Grundinformation, dass es einen befristeten Waffenstillstand von israelischer Seite geben soll sowie einen Gefangenenaustausch, wird von vielen Medien aufgegriffen. Die Hamas hatte bereits im Januar 2024 einen umfassenden Plan für einen Waffenstillstand vorgelegt. Das war ein Drei-Phasen-Plan. Israel wies diesen zurück. Zuletzt verhandelten Katar und Ägypten auf der Seite der Hamas und die USA auf der Seite von Israel. Katar hatte vor ungefähr drei Wochen gesagt, es würde das Mandat niederlegen, weil es mit Israel keine Fortschritte gebe. Vor zwei Wochen schickte Ägypten eine Delegation nach Tel Aviv. Sie sei mit einem neuen Plan dorthin gekommen, so hiess es. Daraufhin legte Israel einen eigenen Plan vor. Es ist ein ständiges

Hin und Her. Die Inhalte der Pläne verändern sich immer wieder. Zunächst hiess es: eine Waffenruhe von 40 Tagen. Danach sollte der Waffenstillstand in zwei Phasen bis zu einem Jahr verlängert und im Gegenzug die Geiseln frei gelassen werden. Gleichzeitig soll die Hamas eine Liste von noch lebenden Geiseln vorlegen. Dafür würde Israel die palästinensischen Gefangenen freilassen. Darüber gibt es im Moment Verhandlungen. Die Hamas verlangt, dass Israel sich in Phasen aus dem Gaza-Streifen vollständig zurückzieht. Es wird Wiederaufbauhilfe für Gaza gefordert und konkret umschriebene Hilfe bei der Versorgung der Bevölkerung.

Schauen wir nach Gaza. Uno-Organisationen wie die UNRWA und andere Hilfsorganisationen zeigen sich tief besorgt über die Versorgungslage. Israel erklärt, dass es die palästinensische Zivilbevölkerung schonen würde, aber nahezu 35 000 Tote, davon 10 000 Frauen und 6 000 Kinder, zeigen ein ganz anderes Bild. Ist irgendwo eine Verbesserung der Lage eingetreten?

Im Norden des Gaza-Streifens herrscht Hunger. Die Palästinenser dort haben sehr viel weniger an Kalorien als das Tagesminimum. Es gibt kaum noch medizinische Versorgung. Die UNRWA kann nicht in den Norden fahren und somit auch keine Hilfsgüter liefern. Alle Anträge der UNRWA, die von Israel kontrolliert und bewilligt werden müssen, werden abgelehnt. Israel liess hin und wieder 10 oder mal 20 LKWs mit Hilfsgütern von Ashkelon aus in den Norden des Gaza-Streifens fahren. Aber die Verteilung der Hilfsgüter, die sonst über die UNRWA und ihre Strukturen erfolgt ist, findet nicht statt. Das vor allem, weil die UNRWA-

Einrichtungen zerstört sind, zum Beispiel Lagerhäuser, in denen man die Vorräte gelagert hat. Die UNRWA hat 186 Mitarbeiter durch Angriffe der Israelis verloren. Da die bisherige systematische Verteilung der Nahrungsmittel nicht mehr gewährleistet ist, kommen viele Produkte auf den freien Markt und sind völlig überteuert. Die Menschen können sich das nicht leisten. Im Süden war die Versorgungssituation zuletzt etwas besser. Zwar kamen keine 500 Lastwagen pro Tag in den Gaza-Streifen, aber vielleicht bis zu 250. Bei Rafah wurde eine Wasserentsalzungsanlage, die zerbombt worden war, wieder in Betrieb genommen. Auf dem Markt konnte man Lebensmittel kaufen, allerdings auch sehr überteuert. Das reichte natürlich vorne und hinten nicht für die Menschen. Nun hat die israelische Armee die zwei südlichen Grenzübergänge geschlossen – Kerem Shalom und Rafah – und lässt keine Hilfstransporte passieren. Der Grenzübergang Rafah wurde von der israelischen Armee am 7. Mai besetzt. Bombardierungen der Stadt wurden nie eingestellt – ausser Ende November, als eine Woche die Waffen schwiegen. Nun wird gerätselt, ob die israelische Armee die angekündigte Offensive auf Rafah begonnen hat. Vieles deutet daraufhin, dass sie die Stadt Stück für Stück einnehmen will. Die US-Administration, Joe Biden, hat angekündigt, ein kürzlich bewilligtes Waffenpaket zu stoppen, darunter 3000 schwere Bomben, 500 bis 1000 kg schwer. Der Krieg geht also weiter, mit täglich Dutzenden von Toten. Die Menschen hungern. Das lässt sich auch den Äusserungen des Chefs der UNRWA, Philippe Lazzarini, entnehmen, die er vor einigen Tagen an einer Pres-

sekonferenz in Genf machte.

Was ist aus dem ominösen Projekt der USA und der EU geworden, einen schwimmenden Hafen vor der Küste des Gaza-Streifens zu errichten?

Die US-Armee baut diesen Hafen unter Kontrolle und im Auftrag des Pentagon, die israelische Armee baut vom Land her einen Pier ins Meer hinaus. Dort sollen dann kleinere Schiffe anlegen, die die Hilfsgüter an dem provisorischen Hafen abholen und zwischen dem Hafen und dem Pier pendeln. An Land wird ein weites Gebiet von Israel plattgewalzt, um Lagerfläche für die Hilfsgüter und Standorte für Lastwagen zu schaffen. Dort standen noch Häuser, aber die meisten Gebäude waren von Israel schon bombardiert worden. Die Israeli benutzen die Trümmer der zerstörten Häuser, auch wenn nicht einmal geklärt ist, ob unter ihnen noch Tote liegen. Diese Anlegestelle ins Meer hinaus scheint ihnen sehr wichtig zu sein. Die Massnahme ist gegenüber den Palästinensern zutiefst verächtlich. Das Projekt ist nicht mit ihnen abgesprochen. Die Verteilung der Hilfsgüter könnte möglicherweise von der US-Organisation *World Central Kitchen* übernommen werden, die in Kriegs- und Krisengebieten Menschen mit Essen versorgt. Nach dem Tod von sieben ihrer Mitarbeiter durch einen israelischen Angriff hatte die Organisation das Gebiet verlassen und ihre Arbeit ausgesetzt. Nun will sie offenbar wieder zurückkehren. Israel ist daran interessiert, weil es plant, dass diese *World Central Kitchen* die UNRWA, also die Uno-Strukturen, ersetzen soll.

Das Ganze sieht sehr nach einem militärischen Projekt aus. Viele Palästinenser befürchten, dass die Anlage eine Besatzung des Gaza-Streifens vorbereiten könnte. Die Hamas gab dazu eine Erklärung ab, dass die fremden Soldaten als Besatzer und der Hafen als eine militärische Basis angesehen würden, und so auch Ziele von Angriffen werden könnten. Gleichzeitig entledigen sich die Israeli der Verantwortung, dass sie die Palästinenser versorgen müssten. Der amtierende Verteidigungsminister Yoan Gallant sagte kürzlich, wenn die huma-

nitäre Hilfe klappe, dann könne man den Krieg weiterführen.

Welche Rolle haben die USA im Ganzen?

Sie verfolgen ihre eigenen Interessen. Sie streben eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien an. Das ist ein Plan der USA seit dem Zweiten Weltkrieg. Roosevelt hatte Anfang 1945 – noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieg – versucht, sich mit dem saudischen König zu einigen, dass er das zukünftige Israel akzeptieren werde. König Saud lehnte ab. Heute bemühen sich die USA immer noch darum, und die jetzige Regierung unter Joe Biden verfolgt diesen Plan weiter. Dieses Interesse steht für die USA im Vordergrund, auch angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Biden will das als «Trophäe» präsentieren. US-Aussenminister Blinken war in der letzten Woche viel unterwegs. Zuerst war er in Jordanien, dann ein paar Tage in Riad und jetzt in Tel Aviv. Ein Resultat dieser Besuche scheint zu sein, dass die Regierung die Situation in Gaza von dem US-Plan trennen wollen. Verhandelt wird über ein Abkommen, in dem Saudi-Arabien unter den Schutz der USA gestellt werden soll. Es gibt verschiedene Szenarien, die nach und nach an die Öffentlichkeit gekommen sind. Wie ich eingangs bereits geäußert habe, ist das eine hochkomplizierte Angelegenheit.

Der Hamas geht es darum, dass sich die israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen zurückziehen. Sie will, dass Gaza Aufbauhilfe bekommt und dass die Gefangenen im Tausch gegen israelische Geiseln freigelassen werden. Daran wird sie festhalten. Teile dieses Plans wurden von Ägypten und Katar in Israel vorgelegt, und die Hamas erklärte, man werde dem Vorschlag zustimmen. Das hat Netanyahu überrascht, zumal er gerade noch erklärt hatte, Israel werde Rafah angreifen, ob es zu einem Gefangenaustausch käme oder nicht. Also besetzten die israelischen Streitkräfte den Grenzübergang Rafah-Ägypten und intensivierten die Bombardierung von Ost-Rafah. Sie forderten 100 000 Personen östlicher Viertel auf, das Gebiet zu

verlassen. Die ganze Operation ist eine Provokation. Netanjahu beharrt darauf, weil er sonst sein Regierungsbündnis mit den extremen Siedlern verlieren wird. Es sieht nicht danach aus, dass sich Grundlegendes verändert.

Wird Saudi-Arabien auf das Spiel der USA einsteigen?

Das Land hat sich nach den Blinken-Besuchen immer sehr deutlich geäußert, und zwar in einer ganz anderen Art und Weise, als sich Blinken vernehmen liess. Saudi-Arabien liess verlauten, es beharrte vor irgendeiner Vereinbarung mit Israel auf der Anerkennung Palästinas als Staat in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Netanjahu lehnt das komplett ab. Nachdem der US-Plan über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel bekannt geworden war, äusserte sich Israel nicht dazu.

In den US-Medien kann man lesen, dass die USA kurz vor einem Durchbruch in der Vereinbarung mit Saudi-Arabien stünden, diesen militärischen Schutzschirm zu installieren und das Land aufzurüsten und die Entwicklung von Atomtechnologie zu unterstützen. Ob das stimmt, kann ich nicht mit Gewissheit sagen. Das Team um Blinken verbreitet geschönte Information, weil es weiss, es muss den Journalisten etwas sagen. Es stellt seinen Wunsch als Faktum dar. Ob sich Saudi-Arabien dafür hergibt, ist ungewiss, aber ich würde es nicht ausschliessen. Ich kann mir vorstellen, dass der jetzige Machthaber, Kronprinz Mohammed bin Salman, darauf eingehen könnte, sollte er dafür von den USA ein Atomprogramm bekommen. Das gehört zu dem sogenannten Verhandlungskorb. Es kann aber auch gut sein, dass der Kronprinz auf innersaudischen Widerstand stösst. Es ist eine sehr komplexe Situation. Letztlich geht es den USA bei dieser ganzen Angelegenheit darum, die Kontrolle über die Region nicht an China zu verlieren.

Dabei geht es doch kaum um Saudi-Arabien?

Es wurde in einigen Kommentaren erwähnt, dass Saudi-Arabien das Verhalten der USA kritisch be-

obachte. Saudi-Arabien ist enorm auf Abstand zu den USA gegangen, als sie sich von heute auf morgen aus Afghanistan zurückgezogen hatten. Seine Schlussfolgerung daraus war, selbst wenn man ein Bündnis mit den USA schliesst, kann man sich nicht darauf verlassen. Das ist der Türöffner für chinesische Diplomatie in der Region. Den USA ist diese Wahrnehmung bewusst, und es gibt auf US-amerikanischer Seite Versuche, das Vertrauen der arabischen Golfstaaten wiederherzustellen. Doch das alles braucht Zeit.

Die USA stehen vor den Präsidentschaftswahlen, und es gibt enorme Proteste im eigenen Land gegen die US-Politik gegenüber den Palästinensern. Die Biden-Regierung steht von verschiedener Seite sehr unter Druck. Von den Wählern der Demokraten, besonders von den jungen Wählern, die die Administration scharf kritisieren – mit Unterstützung von amerikanischen Juden von «Voice for Peace». Auf der anderen Seite ist Druck der zionistischen Lobby um AIPAC, dem American Israel Public Affairs Committee. Die Biden-Regierung braucht einen kurzfristigen Erfolg, um die Wahlen zu gewinnen. Das wäre eine Vereinbarung zwischen Saudi-Arabien und Israel.

Aber Saudi-Arabien ist doch Mitglied bei den BRICS-Staaten. Hat es sich damit nicht schon festgelegt?

Seit Anfang 2024 ist Saudi-Arabien zusammen mit Iran, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und Äthiopien neues Mitglied bei BRICS. BRICS führt eine Diplomatie, die vor allem die Kooperation der Mitglieder untereinander fördert. In Europa hören wir nicht viel darüber, als sei es unwesentlich. In unseren Medien werden uns überwiegend die Aktivitäten der USA präsentiert.

Aber gerade in der Frage Gaza-Krieg ist für BRICS, und vor allem für China und Russland, wichtig, dass zwischen den Emiraten, Saudi-Arabien und Iran gesprochen wird. Die Außenministerien dieser drei Länder und vor allem Iran und Saudi-Arabien haben hier ihre Positionen kommuniziert. Das geschieht sehr zurückhaltend, zeigt sich aber unter anderem darin,



Quelle: https://de.wiktionary.org/wiki/Datei:Gazastreifen_Karte.png#/media/Datei:Gaza_Strip_map2.svg

dass die BRICS-Staaten die militärische Eskalation seitens der USA und Grossbritanniens im Roten Meer gegen die Huthi-Bewegung im Jemen ablehnen und sich nicht beteiligen. Man kann sich vorstellen, dass China darin involviert ist und natürlich den Dialog mit Saudi-Arabien, wie mit allen Golfstaaten führt. Bei den vielen Versuchen, eine Waffenstillstandsresolution im Uno-Sicherheitsrat zu erreichen, haben die arabischen Staaten intensiv mit China und Russland kooperiert. Das Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und dem Iran hat sich offensichtlich entspannt. Auf der Ebene der Uno gibt es Kooperation, die bilateralen Handelsbeziehungen haben sich entwickelt. Die USA schienen von dieser Entwicklung, die im März 2023 durch Vermittlung Chinas begann und sich positiv auf die Region auswirkte, überrascht. Nach einer ersten Schockstarre begann Washington dann, seine Blockaden in der Region wieder zu verstärken. Die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga, die Wiederer-

öffnung arabischer Botschaften in Damaskus, die geplante Kooperation für den Wiederaufbau und die Rückkehr syrischer Flüchtlinge wird von den USA – und der EU – weiterhin mit Sanktionen verhindert. Das spüren beispielsweise die Vereinigten Arabischen Emirate schon recht deutlich.

Die Anstrengungen der USA haben auch zum Ziel, Saudi-Arabien auf ihre Seite, auf die Seite Israels zu ziehen, um einen Keil in die Region zu treiben. Es soll eine «Frontlinie» zwischen den arabischen Staaten entstehen, die mit Iran kooperieren, und denjenigen, die der Westen als «Anti-Iran» verortet. So beschreibt es das European Council on Foreign Relations, ein europäischer Think-Tank.

Wie werden die Sanktionen gegen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) begründet?

Das bezieht sich auf das «Caesar-Gesetz» gegen Syrien. Wenn die VAE in Syrien investieren wollen, werden sie mit den Sanktionen konfrontiert, auch dafür, dass

sie mit Russland kooperieren. Es gibt auch Sanktionen gegen Russland, konkret gegen Personen in Russland und in den VAE.

Ich würde gerne noch auf das angespannte Verhältnis zwischen Israel und dem Iran zu sprechen kommen. Durch den Angriff auf das iranische Konsulat in Syrien und die Reaktion Irans sowie Israels scheint eine neue Stufe der Eskalation erreicht. Was bedeutet der Schlagabtausch, den wir in diesem Zusammenhang erlebt haben? Ist er vorderhand abgeschlossen oder wird er eine Fortsetzung erfahren?

Da streiten sich die Analysten. Aber es deutet vieles darauf hin, dass die Reaktion des Iran deutlich gemacht hat, welche militärischen Möglichkeiten das Land hat. Der Iran hat wegen des Angriffs auf sein Konsulat in Syrien eine Verurteilung im Uno-Sicherheitsrat gefordert. Ein Resolutionsentwurf dafür wurde von Russland vorgelegt. Die USA haben das mit Grossbritannien und Frankreich verhindert. Der Iran hat sein Recht auf Selbstverteidigung beansprucht und im Sicherheitsrat begründet mit einem Verweis auf die Angriffe Israels, die seit 15 Jahren in der Region stattfinden, auch innerhalb des Iran. Die Reaktion Irans, mit Drohnen und Raketen Israel in Absprache mit Russland und China sowie die vorgängige Information der USA und der umliegenden arabischen Staaten anzugreifen, war gut überlegt. Der Angriff auf das Konsulat kommt Israel in der Tat teuer zu stehen.

Inwiefern?

Israel hatte sich wohl überschätzt, als es diesen Angriff startete, denn eine Verurteilung kam sogar aus den USA, die klar gesagt haben, dass Israel den Angriff durchgeführt habe und es hier eine Grenze gebe, während sich die deutsche Bundesregierung auf den Standpunkt stellte, es sei unklar, wer den Angriff zu verantworten habe.

Das Eskalationspotential war doch sehr hoch?

Ja, das sieht man daran, dass Israel seine Truppen in Gaza enorm reduzierte. Es war sehr auffällig,

dass sie sich innerhalb von wenigen Tagen zurückzogen und sich im Norden neu gruppierten, um sich de facto auf einen Angriff auf den Libanon vorzubereiten, der sich vor allem gegen die Hisbollah richten würde.

Es gibt innerhalb von Israel auch in der Armee enorme Konflikte. Mit dem Angriff auf das Konsulat in Damaskus und dessen Auswirkungen ist der Konflikt in der Armee deutlicher zu Tage getreten. Der Chef des militärischen Geheimdienstes ist offiziell wegen Versagens am 7. Oktober Ende April zurückgetreten. In dieser Situation zurückzutreten, war ein Signal, dass auch andere in Militär und Politik für die aktuelle Lage Verantwortung übernehmen müssen.

Woran entzündet sich der Konflikt innerhalb der Armee. Ist es ein Kampf zwischen Hardlinern und gemässigten Kräften?

Es gibt kritische Stimmen von ehemaligen (!) hochrangigen Militärs, die sich im Fernsehen äussern und den Krieg gegen Gaza als grossen Fehler bezeichnen. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Armee selbst. Allerdings erfährt man nicht viel davon, was hinter den Kulissen geschieht. Offen wird allerdings über die Erschöpfung der Soldaten und Reservisten in den Medien berichtet. Eine grosse Anzahl von Soldaten, die aus dem Gaza-Streifen zurückkommen, scheinen psychisch krank zu sein. Es gibt über 6000 solcher Fälle – diese Zahl ist vom März 2024 –, die psychologisch behandelt werden müssen. Die israelischen Medien wie *Haaretz* oder *Times of Israel* berichten darüber, wobei letztere auf der Seite der Regierung steht. Sie berichten über Konflikte und Widersprüche trotz der harten Kriegszensur. Aber es ist nicht einfach, hinter die Kulissen zu schauen.

Im Krieg in Gaza geht es im Kern um den Konflikt zwischen Israel und Palästina, um die Palästinenser. Es geht aber vor allem um Geopolitik der USA, die ihre Kontrolle in der Region mit bestimmten «Partnern» festigen wollen. Die Ausweitung von US-Militärbasen steht im Vordergrund. Aber es gelingt nicht so ohne weiteres.

Der Ukraine-Krieg weist sehr viele Parallelen auf, insbesondere, dass es nicht um die Ukraine, sondern um etwas anderes geht.

Man steckt mitten im Prozess der Formierung einer neuen Weltordnung. Im Nahen Osten, aber auch in der Ukraine sieht man, welche Instrumente die USA anwenden, die aber von China nicht angewendet werden. China, aber auch die anderen BRICS-Staaten, gehen ganz anders vor. Um Bündnisse zu schmieden, suchen sie immer wieder den Dialog. Wenn man die US-amerikanischen Medien liest, findet sich eine Debatte über den möglichen Abstieg der USA im Weltgeschehen. In einer Kolumne der *Washington Post* hiess es kürzlich, die USA seien auf einem «Abwärtspfad». Ohne neue Leute in der US-amerikanischen Politik seien die USA verloren.

Was machen Russland und China anders?

Allgemein kann man sagen, dass die beiden Staaten auf Diplomatie setzen und nicht auf Waffengewalt, wie wir das von den USA her kennen. Die Unterschiede werden deutlich sichtbar. Interessant ist dabei die Haltung Deutschlands immer an der Seite der USA. Es ist ein grosses Ringen um Einfluss. Blinken war in Peking, bevor er kürzlich nach Riad kam. Er traf sich dort mit dem chinesischen Aussenminister. China hat deutlich gesagt, dass es die Stationierung von Mittelstreckenraketen im asiatischen Raum nicht akzeptieren werde. Der chinesische Aussenminister hat sehr scharf und in der Wortwahl deutlich vor Medienvertretern auf Äusserungen von Blinken reagiert. Die USA versuchen, ein Militärbündnis mit den Philippinen und Japan gegen China zu konstituieren. China verfolgt seine Interessen, ja. Aber nicht mit Militärbasen, sondern durch Dialog und Handel.

Wir haben jetzt den breiteren Rahmen betrachtet. Ich möchte gerne noch nach Syrien schauen. Wie reagiert Syrien auf den Anschlag auf das iranische Konsulat, nachdem Israel syrisches Territorium verletzt und somit das Völkerrecht gebrochen hat?

Syrien gab sofort eine Erklärung

über das Aussenministerium ab. Auf Antrag Russlands kam es direkt nach dem Angriff zu einer Sitzung im Uno-Sicherheitsrat. Russland legte einen Resolutionsentwurf vor, mit dem der Sicherheitsrat diesen Angriff verurteilen sollte, der aber von Grossbritannien, Frankreich und den USA zurückgewiesen wurde. Während dieser Sitzung sprach der syrische Aussenminister, der direkt neben dem iranischen Botschafter sass, deutliche Worte, in dem er die andauernde Verletzung der staatlichen Souveränität durch Israel anprangerte. Diese Vorfälle wurden von Syrien deutlich verurteilt und jeweils dem Uno-Sicherheitsrat gemeldet, in Erwartung, dass der Sicherheitsrat dieses Verhalten zurückweist. Damit sind die diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Doch die westlichen Veto-Mächte stellten sich immer auf die Seite Israels, so dass keine Verurteilung möglich war und bis heute nicht ist. Der iranische Botschafter hat an der Sitzung auch eine scharfe Rede gehalten. Israel hat seit diesem Vorfall schon wieder zwei- bis dreimal bombardiert. Die Angriffe sind also permanent.

Man fragt sich, wo die vom Westen bei jeder Gelegenheit bemühte «regelbasierte Ordnung» bleibt...

Das Ziel des Westens ist es, Syrien zu isolieren. Die USA haben das von mir bereits erwähnte «Caesar-Gesetz» verlängert. Man nennt es ein «Anti-Assad-Gesetz», denn solange er Präsident ist, werden die USA die Sanktionen aufrechterhalten. Die Haltung des Westens zeigt sich in der Unterstützung von Uno-Hilfsorganisationen, die mit den syrischen Flüchtlingen in den Nachbarländern arbeiten. Anstatt Syrien zu stabilisieren und zu helfen, damit die Menschen zurückkehren können, wird dafür bezahlt, dass man sie in Flüchtlingslagern behält.

Steckt hier nicht auch das Ziel dahinter, die Menschen zu politisieren und im Kampf gegen die Regierung zu missbrauchen?

In gewissem Sinne ist das ein Ziel. Syrien ist teilweise besetzt, wo es bereits bewaffnete Gruppen gibt, die von aussen unterstützt werden. Wir haben die USA bei den Ölfeldern, die die dort agie-

«Ungeheuerliche Entwicklung» – UNRWA-Hauptquartier in Jerusalem nach Brandanschlag jüdischer Siedler geschlossen

Mitteilung von Philippe Lazzarini, UNRWA per X

Heute Abend setzten israelische Bewohner das Gelände des UNRWA-Hauptquartiers im besetzten Ostjerusalem zweimal in Brand. Dies geschah, während sich Mitarbeiter des UNRWA und anderer UN-Organisationen auf dem Gelände aufhielten.

Zwar gab es keine Verletzten unter den Mitarbeitern, doch verursachte das Feuer erhebliche Schäden an den Aussenanlagen. Auf dem Gelände des UNRWA-Hauptquartiers befindet sich eine Benzin- und Dieseltankstelle für den Fuhrpark der Organisation.

Unser Direktor musste mit Hilfe anderer Mitarbeiter das Feuer selbst löschen, da die israelische Feuerwehr und die Polizei erst nach einiger Zeit eintrafen.

Eine von bewaffneten Männern begleitete Menschenmenge wurde ausserhalb des Geländes beobachtet, wie sie «Brennt die Vereinten Nationen nieder» skandierte (siehe Video in der Quelle aus israelischen Medien).

Dies ist eine ungeheuerliche Entwicklung. Wieder einmal war das Leben von UN-Mitarbeitern ernsthaft in Gefahr.

Angesichts dieses zweiten entsetzlichen Vorfalles in weniger als einer Woche habe ich beschlossen, unser Gelände zu schliessen, bis die Sicherheit wiederhergestellt ist.

In den vergangenen zwei Monaten haben israelische Extremisten vor dem UNRWA-Gelände in Jerusalem Proteste veranstaltet, zu denen ein

gewähltes Mitglied der Jerusalemer Gemeinde aufgerufen hatte.

In dieser Woche wurden die Proteste gewalttätig, als Demonstranten Steine auf UN-Mitarbeiter und auf die Gebäude des Geländes warfen.

In den vergangenen Monaten wurden die UN-Mitarbeiter regelmässig schikaniert und eingeschüchtert. Unser Gelände wurde schwer verwüstet und beschädigt.

Bei mehreren Gelegenheiten bedrohten israelische Extremisten unsere Mitarbeiter mit Gewehren.

Es liegt in der Verantwortung des Staates Israel als Besatzungsmacht, dafür zu sorgen, dass das Personal und die Einrichtungen der Vereinten Nationen zu jeder Zeit geschützt sind.

Das Personal der Vereinten Nationen, ihre Räumlichkeiten und ihre Aktivitäten sollten jederzeit im Einklang mit dem Völkerrecht geschützt werden.

Ich appelliere an alle, die Einfluss haben, diesen Angriffen ein Ende zu setzen und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Urheber dieser Angriffe müssen ermittelt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Alles andere würde einen neuen gefährlichen Standard setzen.

Quelle: www.palestinechronicle.com/outrageous-development-unrwa-jerusalem-hq-closed-after-jewish-settler-arson-attack/

(Übersetzung Zeitgeschehen im Fokus)

renden politischen und militärischen Strukturen der Kurden militärisch unterstützen, aber nicht, um sich gegen die Türkei zu verteidigen zu können. Seit Monaten greift die Türkei Kurdenstellungen an, aber die USA halten sich sehr zurück. Letztlich benutzen die syrischen Kurden auch Waffen, die sie von den USA bekommen hatten. Idlib ist unter der Kontrolle der Türkei – wohlgerne ein Nato-Mitgliedsstaat. Dort befinden sich dschihadistische Gruppen um die Miliz Hajat Tahrir al-Scham (HTS), die aus der Nusra-Front und Al-Kaida hervorgegangen sind. Sie werden vom Westen durch Hilfsprogramme stabilisiert. Das trifft sowohl auf den Nordosten in Syrien zu als auch auf die Gebiete im Norden von Aleppo, die unter

der Kontrolle der Türkei stehen. Die Türkei finanziert in Idlib eine sogenannte Nationale Syrische Armee, die sie aufgebaut hat und die unter dem Kommando der Türkei steht. Im Süden von Syrien liegt der Militärstützpunkt der USA bei Tanf, wo ebenfalls bewaffnete Kräfte ausgebildet werden.

Es gab doch einen Entspannungsprozess zwischen Syrien und der Türkei. Ist der nicht erfolgreich gewesen?

Man hat sich auf der Ebene der Geheimdienste, der Aussenminister und der Verteidigungsminister getroffen. Das wurde durch Russland vermittelt im sogenannten Astana-Format, aber das stagniert. Russland hat sich bemüht, ein Treffen zwischen Erdoğan und

Assad zu organisieren. Das war vor drei Jahren. Aber Assad hat gesagt, solange türkische Truppen in Syrien stehen, geht das nicht. Die Position der Türkei in Bezug auf Syrien ändert sich an dem Punkt nicht, zumal sie ja Mitglied der Nato ist. Russland versucht mit den arabischen Staaten, die Beziehungen zu verbessern. Syrien soll geographisch umgangen und isoliert werden. Man lässt den Konflikt ruhen.

Russland ist mit der Ukraine und der Nato anderweitig beschäftigt. China hatte Assad zu einem einwöchigen Besuch eingeladen. Dabei wurden einige Verträge wirtschaftlicher Natur und eine strategische Partnerschaft besprochen. Auf der Ebene der zivilen Beziehungen, der Ausbildung, der medizinischen Versorgung werden die Kontakte intensiviert. Der grosse Durchbruch steht noch aus, weil China die Beziehungen zu Syrien in einem stabilen Umfeld mit Iran und den Golfstaaten ausbauen will. Durch die Blockadehaltung und die Politik der USA wird eine positive Entwicklung behindert. Syrien ist in einer sehr, sehr misslichen Lage.

Wie sind die Lebensbedingungen für die Menschen in Syrien?

Es gibt keinen umfassenden Wiederaufbau. Die syrische Regierung hat sich darauf konzentriert, die Infrastruktur wieder aufzubauen, Strassen, Brücken, Krankenhäuser, Schulen. Alles, was für die Öffentlichkeit wichtig ist. Was aber nicht vorankommt, ist der Wohnungsbau. Der Staat hat kein Geld und kann Baumaschinen und Bau-

stoffe nur schwer zur Verfügung stellen. Die Inlandsvertriebenen leben nicht in Lagern, auch nicht in ihren Häusern, sondern sind woanders – bei Verwandten oder Freunden – untergekommen. Dadurch, dass so viele Menschen ausserhalb von Syrien leben, zum Beispiel in der Türkei, in Jordanien oder im Libanon stehen viele Häuser leer, und es geschieht nichts. Es gibt in Syrien ein Gesetz, wonach das Eigentum nicht angetastet werden darf. In der Altstadt von Damaskus haben wir heute noch Häuser von Juden, die in den 50iger Jahren nach Israel ausgewandert sind und ihre Häuser einfach abgeschlossen haben. Sie stehen heute noch so dort. Da geht niemand dran. Das ist in Homs ein grosses Problem, weil dort sehr viel zerstört worden ist. Viele Menschen sind geflohen und leben in Flüchtlingslagern in Idlib, während ihre Häuser unangetastet bleiben.

Man kann also nüchtern feststellen, dass die Menschen in Syrien immer noch stark unter den Folgen des Bürgerkriegs leiden.

Besonders schwierig ist die landwirtschaftliche Situation. Syrien ist ein Agrarland, aber die industrielle Verarbeitung von Obst und Gemüse in der Region kann nicht mehr in dem Umfang durchgeführt werden, weil es an Energie fehlt. Es gibt kaum Treibstoff und häufige Stromausfälle. Der Staat hat die Subventionen zurückgezogen, weil er nicht mehr in der Lage ist, sie zu finanzieren. Ein Liter Benzin kostet daher bis zu 1,30 Euro, in einem Land, das keine Euros hat, sondern ein schwaches syrisches

Pfund, das sich zwar etwas stabilisiert hat und bei 22 000 syrischen Pfund für einen Dollar liegt. «Wen Allah liebt, der hat Angehörige im Ausland», heisst es übrigens nicht nur in Syrien. Diese Angehörigen schicken Geld an ihre Familien, so dass sie sich beispielsweise Solarpanele leisten können. Solarpanele auf den Dächern boomen. Es soll eine Fabrik gebaut werden, in der Solarpanele hergestellt werden können. Das reicht jedoch nicht aus, um Fabriken im Land mit Energie zu versorgen. Auch die kontinuierliche Produktion von Strom durch Elektrizitätswerke ist nach wie vor ein riesiges Problem.

Bekommt Syrien bei der wirtschaftlichen Misere Unterstützung von Russland oder China?

Ja, es bekommt Unterstützung wie zum Beispiel Öl von Iran, wenn es den Iranern gelingt, mit den Schiffen durch den Suez-Kanal zu fahren, was nicht einfach ist. Auch Russland gibt Unterstützung, aber nicht in dem Ausmass, wie es nötig wäre. Auch China engagiert sich in Syrien. Jedoch ist das Land in einem sehr desolaten Zustand und je länger die Sanktionen und die Teilung anhält, desto mehr vertiefen sich die Probleme. Aber wenn es gelingt, einen Ausgleich unter den arabischen Staaten in der Region zu finden – was die Bestrebungen von China sind – würde dies die Situation in Syrien wahrscheinlich um einiges verbessern.

Frau Leukefeld, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

Impressum

Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

Herausgeber Verein *Zeitgeschehen im Fokus* | Postfach | CH 8305 Dietlikon

Redaktion Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hng), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abonnieren Sie

Zeitgeschehen im Fokus

Online-Ausgabe CHF/Euro 50.00/Jahr

Print-/Online-Ausgabe CHF/Euro 80.00 Jahr

Einzelausgabe: CHF/Euro 5.00

WIR-Bank-Konto 679.098-07.1800

IBAN CH32 0839 1679 0980 7180 0

Bestellung abo@zgif.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch